

DEMOKRATIEKOMPETENZ ALS BERUFS-/ LEBENSKOMPETENZ: EIN POSITIONSPAPIER ZUR STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN THÜRINGER BERUFSSCHULEN

*Ein Appell für eine
systemische Aufwertung der
staatsbürgerlichen Bildung
im dualen System*

...

**improving
civics
in VET**



improving civics in VET

AUTOR*INNEN

Guadalupe Ana Farah

DR. Ammalia Podlaszewska

Lotte Siefert

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission erstellt. Sie spiegelt ausschließlich die Ansichten des Autors wider, und die Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Nutzung der darin enthaltenen Informationen.



**FUNKY
CITIZENS**



CULTURE GOES EUROPE
SOZIOKULTURELLE INITIATIVE ERFURT E.V.



**Co-funded by
the European Union**

ZUSAMMENFASSUNG

Thüringen steht vor einer doppelten Herausforderung: Demographischer Wandel und Fachkräftemangel treffen auf eine zunehmend polarisierte politische Landschaft. Während Berufsschulen unter hohem Druck stehen, qualifizierte Arbeitskräfte für den Markt zu „produzieren“, droht der Auftrag der demokratischen Erziehung ins Hintertreffen zu geraten. Politische Bildung ist hierbei nicht nur als das Erlernen von politischen Strukturen, dem Staatsapparat und der Bürgerlichen Rechten und Pflichten wie Wahlen und Gewerkschaften zu verstehen sondern als, darüber hinaus tiefgreifende Kernkompetenzen wie kritisches Denken, Empathie, Einfühlungsvermögen, Solidarität, Gesellschaftliche Zusammenarbeit, Konfliktlösung usw.. Dieses Papier argumentiert, dass politische Bildung keine „weiche“ Zusatzleistung ist, sondern eine Kernkompetenz für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und der Demokratie in Thüringen. Basierend auf unseren aktuellen Forschungsergebnissen fordern wir eine strukturelle Verankerung, die über bloße Bekenntnisse hinausgeht, Lehrkräfte unterstützt und entlastet als auch die Schülerschaft stärkt und eigenständige mündige Bürger*innen hervorbringt.

1. DIE DRINGLICHKEIT DER LAGE

Die modernen demokratischen Gesellschaften stehen vor enormen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Gesellschaften, wie die Thüringens, durchlaufen einen rapiden demographischen Wandel, der zu einem spürbaren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führt. Als Reaktion darauf konzentrieren sich Bildungssysteme zunehmend darauf, junge Menschen in der beruflichen Bildung so schnell wie möglich mit den für den Arbeitsmarkt erforderlichen Fähigkeiten auszustatten.

Doch dieser Fokus hat seinen Preis: Allgemeinbildende Inhalte, einschließlich der politischen Bildung, werden an Berufsschulen zunehmend marginalisiert, noch mehr als an anderen Schulen. Diese Marginalisierung geschieht zu einer Zeit, in der wir einen Aufstieg extremer politischer Optionen erleben, insbesondere rechts-populistischer Bewegungen, die Kernwerte der liberalen Demokratie in Frage stellen. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass gerade junge Menschen in der beruflichen Bildung, oft als „vergessene Wählende“ bezeichnet, anfälliger für diese Angebote sein können, wenn sie sich vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen fühlen. So führt die Vernachlässigung der politischen Bildung zu einer doppelten Spaltung: Eine elitäre Trennung nach sozialem Status und Bildungsniveau der Schüler*innen, die direkt in einer politischen Spaltung mündet. Diese Spaltung untergräbt unsere gesellschaftliche Solidarität und bereitet den Boden für eine gefährliche gesellschaftliche Polarisierung.

Berufsschulen sind oft der allerletzte Berührungspunkt junger Menschen mit dem formalen Bildungssystem. Wenn wir hier versagen, demokratische Grundwerte zu vermitteln, riskieren wir nicht nur die politische Mündigkeit mehrerer Generationen, sondern auch die Stabilität unseres Gemeinwesens! Berufsschulen dürfen nicht zu politisch vernachlässigten Zonen degradiert werden, in der Schüler*innen lediglich als ökonomische Funktionsträger*innen fungieren! Es ist daher evident, dass die ökonomische Notwendigkeit schneller Arbeitsmarktintegration niemals zu Lasten der gesellschaftspolitischen und sozialen Notwendigkeit demokratischer Festigung und der einhergehenden Depolarisierung geschehen.

2. ANALYSE DES STATUS QUO IN THÜRINGEN

2.1 JENSEITS DER „FACHKRAFT“: DER POLITISCHE KERN DES (BERUFS-)LEBENS

Der Mythos, dass berufliche und politische Bildung zwei getrennte Sphären seien hält sich hartnäckig. Diese Wahrnehmung unterschätzt die inhärenten politischen Dimensionen des Berufs- und Privatlebens. Kfz-Mechatroniker*innen muss sich heute mit Umweltgesetzen auseinandersetzen; eine Pflegekraft arbeitet im Spannungsfeld gesundheitspolitischer Entscheidungen und der tagtägliche Umgang mit unseren Kolleg*innen und Mitmenschen erfordert ein hohes Maß an demokratischen, solidarischen Grundhaltungen. Berufliche Aufgaben sind niemals politisch neutral; sie sind eingebettet in breitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Ein demokratisches Betriebsklima ist zudem ein direkter Produktivitätsfaktor: Wo Diskriminierung und Polarisierung abgebaut werden, steigen Teamgeist und Effizienz. Dennoch wird politische Bildung an Thüringer Berufsschulen oft als „weiches“ Zusatzfach behandelt, dem es an curricularer Integration und institutioneller Priorität mangelt.

2.2 DIE LÜCKE ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Formalrechtlich ist politische Bildung in Thüringen gut verankert. Das Thüringer Schulgesetz definiert sie als fundamentales demokratisches Prinzip des Bildungsauftrags. Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) schreibt vor, dass politische Bildung in das Fach „Wirtschafts- und Sozialkunde“ integriert sein muss. Die Realität in den Klassenzimmern sieht jedoch oft anders aus:

- **STRUKTURELLE DEFIZITE:** Die Umsetzung hängt stark vom persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte ab und nicht von einer einheitlichen Strategie. Berufsschulen sind insbesondere betroffen von der Marginalisierung der politischen Bildung. Eine landesweite und schulübergreifende Strategie, die politische Bildung als systemisches Kernziel begreift, stärkt und schützt, fehlt.
- **RESSOURCENMANGEL UND “TROCKENE” METHODEN:** Es mangelt oft an aktuellen, pädagogisch relevanten und zielgruppengerechten Lehrmaterialien, die die spezifische Lebensrealität von Auszubildenden widerspiegeln. Dies führt zu einem rein kognitiven Unterricht, der Fakten abarbeitet, anstatt Räume für Depolarisierung und das Erleben von Selbstwirksamkeit zu öffnen. Ohne methodische Innovation bleibt Demokratieerziehung ein abstraktes Pflichtprogramm.

- **SOZIALE UND INSTITUTIONELLE UNGLEICHHEIT:** Schulen mit starken Ressourcen und ohnehin privilegierten Schüler*innen bieten oft fundiertere Bildungschancen an. Schulen mit sozioökonomisch benachteiligten Schüler*innen (die oft am stärksten von politischer Marginalisierung betroffen sind) erhalten häufig nur reduzierte Angebote. Diese Ungleichheit zementiert die elitäre Spaltung unserer Gesellschaft und verwehrt ausgerechnet denjenigen die politische Teilhabe, die sie als Schutz gegen populistische Vereinfachungen und Anfeindungen am dringendsten benötigen.

2.3 DIE PERSPEKTIVE DER AUSZUBILDENDEN

Unsere Untersuchungen zeigen: Thüringer Berufsschüler*innen sind keineswegs unpolitisch. Sie verstehen grundlegende Rechte wie die Meinungsfreiheit, weisen jedoch Wissenslücken in berufsnahen Feldern wie Arbeitsrecht, Diskriminierungsschutz und Mitbestimmung auf. Da sich viele Schüler*innen von der Politik nicht repräsentiert fühlen, begegnen sie Institutionen oft mit Skepsis.

Sie kritisieren den Unterricht als realitätsfernen „trockenen Stoff“ und fordern Themen, die ihre Lebenswelt widerspiegeln: Lohn, Miete, Steuern und Arbeitnehmendenrechte. Die Forschung belegt: Sobald die politische Bildung diese Relevanz herstellt, steigt das Interesse. Jugendarbeitende berichten zudem von einem enorm gesteigerten Engagement, wenn alternative Vermittlungsmethoden wie Hands-on-Aktivitäten, Exkursionen und aktive Trainingsmethoden eingesetzt werden, die Selbstwirksamkeit, Solidarität und Gemeinschaft direkt erlebbar machen und depolarisierend wirken.

Zudem berichten einige Schüler*innen von einem fehlenden Sicherheitsgefühl im schulischen Umfeld, sowohl gegenüber Mitschülerinnen als auch gegenüber Lehrpersonal. Daraus lässt sich schließen, dass grundlegende demokratische Soft Skills bislang unzureichend gefördert werden.

3. DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT: POTENZIALE UND PREKARITÄT

In Thüringen spielen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die außerschulische Jugendarbeit eine entscheidende Rolle, um die Lücken des formalen Systems zu füllen. Diese Akteure bringen innovative, partizipative, lebensnahe Formate in die Schulen, wie Planspiele oder Workshops zur Depolarisierung und Gemeinschaftsbildung. Diese Formate bieten Schutzräume in denen Berufsschüler*innen außerhalb des schulischen Leistungsdrucks demokratische Praktiken und soziale Solidarität üben können.

Doch diese wichtige Arbeit steht auf tönernen Füßen. Die Zusammenarbeit ist oft durch bürokratische Hürden und projektbasierte Finanzierung erschwert. Externe Pädagog*innen berichten von einer prekären Situation: Projekte sind oft kurzfristig finanziert (wenige Wochen oder Monate), was einer langfristigen, transformativen Wirkung im Weg steht. Ohne einen klaren institutionellen Rahmen bleibt die außerschulische politische Bildung fragmentiert und fragil. Wenn zivilgesellschaftliche Angebote lediglich als „Feuerwehr“ bei akuten Problemen gerufen werden, kann die notwendige emotionale und demokratische Festigung der Schüler*innen nicht nachhaltig gelingen.

4. FORDERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Um die politische Bildung in Thüringer Berufsschulen zukunftsfest zu machen, bedarf es eines Paradigmenwechsels. Basierend auf den Analyseergebnissen der vergleichenden Studie stellen wir folgende Forderungen an das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie an die Schulträger und Kammern sowie an die Lehrkräfte und Schüler*innen:

4.1 POLITISCHE BILDUNG ALS KERNFACH, NICHT ALS ANHÄNGSEL

Politische Bildung (in Theorie und Praxis) in Berufsschulen muss als demokratische Kernverantwortung neu begriffen werden, nicht als optionales Extra.

- **FORDERUNG:** Das Fach „Wirtschafts- und Sozialkunde“ muss in seiner politischen Dimension gestärkt werden, auch die Schöpfung eines eigens zur politischen Bildung gedachten Faches ist möglich. Es darf nicht zugunsten rein betriebswirtschaftlicher Inhalte gekürzt werden. Wir brauchen verbindliche Mindeststundenzahlen für den Anteil der politischen Bildung, die nicht disponibel ist.
- **BEGRÜNDUNG:** Eine Reduzierung auf rein ökonomische Inhalte verkennt den Auftrag der Berufsschule, mündige Bürger*innen und nicht nur funktionierende Mitarbeitende auszubilden.

4.2 LEBENSWELTORIENTIERUNG: ALLTAGSDEMOKRATIE STATT ABSTRAKTER THEORIE

Der Unterricht muss die „falsche Trennung“ von beruflicher und politischer Bildung überwinden.

- **FORDERUNG:** Curricula müssen so reformiert werden, dass sie politische Themen konsequent mit der gelebten Realität der Schüler*innen verknüpfen. Dies umfasst neben harten Fakten wie Arbeitsrecht, Gewerkschaftsrollen und Arbeitsschutz explizit auch soziale und zwischenmenschliche Kernexpertisen. Demokratie muss als lebendiges Prinzip im Umgang miteinander, privat und im Arbeitsleben vermittelt werden.
- **BEGRÜNDUNG:** Schüler*innen zeigen dann ein tiefgreifendes Interesse, wenn sie den Nutzen für ihr eigenes Leben erkennen. Themen wie „Rechte und Pflichten in der Ausbildung“ in Kombination mit Kompetenzen zur Depolarisierung, gewaltfreien Kommunikation und Solidarität sind nicht nur Einstiege in die Theorie. Sie sind die Basis für die Entwicklung eigener

politisch gelebter Werte. Nur wer lernt, im zwischenmenschlichen Bereich unterschiedliche Meinungen aushalten zu können und Vielfalt als produktive Realität anzuerkennen, entwickelt die notwendige Resilienz gegenüber extremistischen Vereinfachungen.

4.3 METHODISCHE INNOVATION: PARTIZIPATION STATT FRONTALUNTERRICHT, HANDELN STATT HÖREN

Schüler*innen in Thüringen und den Vergleichsregionen lehnen abstrakten Theorieunterricht ab und fordern interaktive, lebensnahe Formate.

- **FORDERUNG:** Der Einsatz von Simulationen, Rollenspielen (z.B. Tarifverhandlungen), Begegnungen mit Entscheidungstragenden, Debattenformate, Erfahrungsbasiertes Lernen und außerschulische Aktivitäten wie Exkursionen und Praxis-Workshops müssen Standard werden. Berufsschulen müssen Orte der gelebten Demokratie sein, in denen die Mitverwaltung durch Schüler*innen nicht nur formal existiert, sondern aktiv durch die Schule gefördert wird.
- **BEGRÜNDUNG:** Demokratie lernt man nicht durch das Auswendiglernen von Institutionen, sondern durch das aktive Erleben von Selbstwirksamkeit. Wer in der Schule lernt, dass seine Stimme zählt, wird sich auch als Bürger*in zivil beteiligen und Demokratie leben.

4.4 STRUKTURELLE INTEGRATION DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) darf nicht länger vom Zufall oder dem isolierten Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen. Es ist nicht die Aufgabe des pädagogischen Personals, die Finanzierung für eine vielfältige politische Bildung sicherzustellen.

- **FORDERUNG:** Wir fordern formalisierte, dauerhafte Partnerschaften zwischen Berufsschulen und Trägern der politischen Bildung, abgesichert durch langfristige Rahmenverträge statt kurzfristiger „Feuerwehr-Projekte“. Schulen benötigen stabile Budgets und Zeitkontingente, um diese Kooperationen professionell zu koordinieren
- **BEGRÜNDUNG:** Externe Akteure bringen Expertise und Methodenvielfalt mit, die Lehrkräfte im straffen Zeitplan oft nicht leisten können. Diese Synergie muss gefestigt werden, da sie Lehrkräfte entlastet und zusätzliche Perspektiven und Methoden bietet.

4.5 QUALIFIZIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER LEHRKRÄFTE

Lehrkräfte fühlen sich oft allein gelassen und unzureichend vorbereitet, besonders im Umgang mit kontroversen Themen oder extremistischen Einstellungen im Klassenzimmer. Politische Bildung darf nicht länger als „Zusatzaufgabe“ aus Eigeninitiative verstanden werden.

- **FORDERUNG:** Wir fordern die umgehende Einführung verpflichtender, fächerübergreifender Fortbildungen für das gesamte Berufsschulkollegium. Politische Bildung darf nicht an die Fachgrenzen gebunden sein, sondern erfordert eine systemische Neuausrichtung:
 1. **REPRÄSENTATION UND PERSPEKTIVENREFLEXION IN ALLEN FÄCHERN:** Fachcurricula müssen kritisch überarbeitet werden. Dies beinhaltet auch die Sichtbarmachung weiblicher und internationaler Akteur*innen in allen Fächern, sowie die Reflexion darüber, aus welcher Perspektive Lehrmaterialien verfasst wurden.
 2. **SICHERHEIT IM HANDLUNGSRAHMEN:** Das Kollegium muss im Umgang mit dem Beutelsbacher Konsens geschult werden. Lehrkräfte müssen verstehen, dass das Indoktrinationsverbot keine Wertneutralität gegenüber dem Grundgesetz bedeutet, sondern im Gegenteil die Verantwortung stärkt, demokratische Werte aktiv zu vertreten sowie zu vermitteln und kontroverse Themen im Unterricht professionell zu moderieren.
 3. **ETABLIERUNG EINER DEMOKRATISCHEN STREITKULTUR:** Lehrkräfte benötigen Coaching-Angebote zur Deeskalation und Moderation von Konflikten. Ziel ist es, das Klassenzimmer als „mutigen Raum“ (Brave Space) zu etablieren, in dem Meinungsverschiedenheiten ausgehalten werden, ohne dass die Wertschätzung verloren geht.
 4. **FÖRDERUNG VON HANDLUNGSKOMPETENZ:** Lehrkräften müssen gezielt Methoden an die Hand gegeben werden, um soziale Kompetenzen wie Teamwork und Eigeninitiative bei den Schüler*innen zu stärken und ihnen ihre eigene Selbstwirksamkeit aufzuzeigen. Dies gelingt am besten durch einen strukturierten Austausch mit externen Jugendarbeitenden und sozialen Organisationen.

5. **NACHHALTIGE UNTERSTÜTZUNG:** Dieser Prozess muss durch regelmäßige Supervision und Auffrischung der Kenntnisse zur Entlastung der Lehrenden sowie durch die Bereitstellung aktueller Materialien abgesichert werden. Diese Lehr- und Lernmittel müssen explizit auf die mannigfaltigen Lebensrealitäten der Berufsschüler*innen zugeschnitten sein.
 6. **ANRECHNUNGSSTUNDEN FÜR KOORDINATOR*INNEN:** Für die Koordination von Projekten müssen den Lehrkräften oder dem externen Personal verbindliche, bezahlte Anrechnungsstunden zur Verfügung stehen. Diese essenzielle Arbeit darf keine unbezahlte Mehrleistung sein, die lediglich auf Eigeninitiative beruht, sondern muss institutionell wertgeschätzt und entlohnt werden.
- **BEGRÜNDUNG:** Demokratiekompetenz entsteht nicht isoliert im Sozialkundeunterricht, sondern durch die gelebte Haltung in allen Fächern. Nur souveräne Lehrkräfte, die Repräsentation in ihren eigenen Disziplinen kritisch reflektieren und ihren demokratischen Auftrag kennen, können den Schüler*innen in einer polarisierten Gesellschaft einen Raum für offenen, kritischen und respektvollen Diskurs bieten.

5. ROADMAP ZUR UMSETZUNG: WER MUSS JETZT WAS TUN?

Ein Paradigmenwechsel gelingt nur, wenn alle Ebenen gleichzeitig aktiv werden.
Doch was nun?:

5.1 MINISTERIUM & SCHULTRÄGER (STRUKTUR SCHAFFEN)

- **BUDGETIERUNG:** Feste Budgets für externe Kooperationen sichern und die „Feuerwehr-Politik“ beenden.
- **ZEITRESSOURCEN:** Verbindliche Anrechnungsstunden für Koordinator*innen und Lehrkräfte einführen.
- **CURRICULA-REFORM:** Politische Bildung und Demokratie lebensweltnah und repräsentativ in ALLEN Fachplänen verankern.

5.2 LEHRKRÄFTE & PERSONAL (PRAXIS UMGESTALTEN)

- **METHODENWECHSEL:** Abkehr vom Frontalunterricht hin zu Hands-on-Aktivitäten, Exkursionen, Rollenspielen etc.
- **LEHRMATERIALIEN** bewusst wählen um mannigfache Perspektiven zu zeigen insbesondere Weibliche und internationale Perspektiven stärken die lange vernachlässigt wurden
- **HALTUNG:** Demokratische Werte aktiv vertreten und das Klassenzimmer als sicheren Diskursraum moderieren.
- **VERNETZUNG:** Synergien mit externen Jugendarbeitenden aktiv nutzen, um die eigene Expertise zu ergänzen.
- **WEITERBILDUNGEN** nutzen um Handlungskompetenzen zu stärken

5.3 SCHÜLER*INNEN (TEILHABE EINFORDERN/ NUTZEN)

- **MITBESTIMMUNG:** Schüler*innenvertretung und Mitsprache bei der Gestaltung von Projekttagen offensiv nutzen.
- **BEDARFE ARTIKULIEREN:** Themen wie Diskriminierungsschutz und Arbeitsrecht aktiv von den Lehrkräften einfordern. Lehrkräfte, die sich nicht an demokratischen Grundwerte halten, gemeinschaftlich konfrontieren.

5.4 ZIVILGESELLSCHAFT UND ÖFFENTLICHKEIT (DRUCK ERHÖHEN)

- **DEMOKRATISCHE HEBEL:** Politischen Druck durch Petitionen, offene Briefe und Kampagnen massiv erhöhen.
- **ALLIANZEN:** Gewerkschaften, Kammern und NROs müssen gemeinsam auftreten, um das Thema auf die politische Agenda zu bringen.
- **SICHTBARKEIT:** Den Mangel an politischer Bildung an Berufsschulen öffentlich skandalisieren, um Verbindlichkeit zu erzeugen.

6. FAZIT: POLITISCHE BILDUNG BILDET KERNKOMPETENZEN FÜR UNSERE ZUKUNFT

Die Analyse der Situation in Thüringen, gespiegelt an den Erfahrungen aus Kroatien und Rumänien, macht deutlich: Die Defizite politischer Bildung in der beruflichen Bildung sind STRUKTURELL. Es reicht nicht aus, politische Bildung rhetorisch zu würdigen, während sie im schulischen Alltag der vermeintlichen „Nützlichkeit“ rein fachlicher Ausbildung untergeordnet wird.

Für viele junge Menschen ist die Berufsschule der LETZTE FORMALE BILDUNGSRAUM VOR DEM EINTRITT INS ERWACHSENENLEBEN. Wenn wir die Chance verpassen, diese demographische Gruppe politisch zu bilden, riskieren wir eine langfristige Entfremdung von der Demokratie. Politische Bildung wirkt in diesem Kontext MEHR-DIMENSIONAL: Sie befähigt zur Mitbestimmung (z.B. im Betrieb), stärkt soziale und kommunikative Kompetenzen, vermittelt Rechte und Schutzmechanismen und eröffnet Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe. Kurzum legt sie jungen Menschen aktive Demokratie dar.

Damit übernimmt politische Bildung in der Berufsschule nicht nur eine FORMATIVE, sondern auch eine KOMPENSATORISCHE FUNKTION: Sie gleicht strukturelle Ungleichheiten aus und gibt jenen eine Stimme, die im politischen Diskurs häufig marginalisiert werden.

Wir richten daher einen klaren Appell an Politik, Bildungsverwaltung und Schulträger in Thüringen:

POLITISCHE BILDUNG MUSS ALS ESSENTIELLER BESTANDTEIL BERUFLICHER BILDUNG ANERKANNT, STRUKTURELL ABGESICHERT UND DAUERHAFT FINANZIERT WERDEN! Halbherzige Lösungen reichen nicht aus.

Investitionen in politische Bildung an Berufsschulen sind Investitionen in die RESILIENZ UND ZUKUNFT UNSERER DEMOKRATIE.

Die Zeit des Zögerns ist vorbei.

DEMOKRATIEKOMPETENZ IST BERUFSKOMPETENZ UND LEBENSKOMPETENZ.

LITERATURVERZEICHNIS

Achour, S. (2019). Politische Bildung in der Berufsschule. (Zitiert im Kontext der Studie, vgl. S. 49).

Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton University Press.

Besand, A. (2014). (Zitiert im Kontext der Kritik an der Reduktion auf ökonomische Inhalte, vgl. S. 49).

Bundeszentrale für politische Bildung (BPB). (n.d.). (Zitiert im Kontext des historischen Wandels und Rechtsextremismus, vgl. S. 43, 46).

Crick, B. (2000). *Essays on citizenship*. Continuum.

Dahl, R. A. (1989). *Democracy and its critics*. Yale University Press.

Eurydice. (2017). *Citizenship education at school in Europe – 2017*. Publications Office of the European Union.

Farah, G., Podlaszewska, A., Putineanu, M., Šalaj, B., Štampar, T., Tăbleț, D. (2025). *Civic Education in Vocational Education and Training: The Case Studies of Croatia, Romania, and Thuringia*. (Hauptquelle der vorliegenden Analyse).

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge University Press.

Kultusministerkonferenz (KMK). (2008/2021). *Rahmenvereinbarung über die Berufsschule / Beschlüsse zur politischen Bildung*. (Vgl. S. 47).

Mitter, W., & Weiß, M. (1993). *Educational Transformations in a “United” Germany*. In: Jacobson, S. L. (Hrsg.): *Reforming education*.

Rosvall, P.-Å., & Nylund, M. (2022). *Civic education in VET: concepts for a professional language*. *Journal of Vocational Education & Training*.

Šalaj, B. (2024). *Civic Education in Vocational Education and Training: Comparative Study of European Practices*.

Savage, C., & Becker, M. (2021). *Unequal Civic Development? Vocational Tracking and Civic Outcomes in Germany*. *Journal Sage*.

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. (n.d.). *Politische Bildung – Demokratiebildung in der Schule*.

DEMOKRATIEKOMPETENZ ALS BERUFS-/
LEBENSKOMPETENZ: EIN POSITIONSPAPIER ZUR
STÄRKUNG DER POLITISCHEN BILDUNG IN THÜRINGER
BERUFSSCHULEN

2026



improving
civics
in VET